BISCHÖFLICHE ARBEITSLOSENSTIFTUNG

ÖGB Oberösterreich

Pressekonferenz zum Tag der Arbeitslosen – 30. April

Montag 30. April 2018, 11.00 Uhr

Tag der Arbeitslosen – 30. April

Respekt und Wertschätzung

GesprächspartnerIn:

- **Dr. Johann Kalliauer,** ÖGB Landesvorsitzender
- **Mag. Maximilian Mittendorfer,** Bischofsvikar
- **Aleksandra P.** Jugendliche auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz
- **Christian Winkler,** für die Veranstaltergemeinschaft

Dr. Johann Kalliauer,
ÖGB-Landesvorsitzender

36.500 Menschen ohne Job

Ende März waren in Oberösterreich 36.514 Menschen beim AMS arbeitslos vorgemerkt, weitere 10.360 Arbeitsuchende nahmen an AMS-Schulungen teil und 1985 Jugendliche suchten eine Lehrstelle. Das sind insgesamt 48.689 Menschen, die einen Arbeitsplatz bzw. einen Ausbildungsplatz brauchen. Erfreulicherweise sind es um 4723 Arbeitsuchende weniger als vor einem Jahr. Allerdings war die Arbeitslosigkeit in der Wirtschaftskrise nach 2008 – etwa Ende 2009/Anfang 2010 – deutlich niedriger als jetzt. Selbst damals waren sich alle einig, dass man etwas dagegen machen muss, während die Regierung heute nur darauf verweist, dass die Arbeitslosigkeit niedriger ist als im Vorjahr, die Hände in den Schoß legt und die Arbeitslosen als arbeitsunwillig diffamiert.

Zudem ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht bei allen angekommen. Die Zahl der über 55-jährigen, die bereits seit mehr als einem Jahr arbeitslos sind, ist trotz der guten Konjunktur weiter gestiegen. Mehr als 30 Prozent aller Arbeitslosen sind älter als 50 Jahre, mehr als ein Viertel hat gesundheitliche Einschränkungen und die Hälfte verfügt maximal über einen Pflichtschulabschluss. Das zeigt, dass Randgruppen des Arbeitsmarktes von der guten Konjunktur bisher nur wenig spüren. Dabei gäbe es gerade durch die aktuell positive Wirtschaftsentwicklung die Chance, mit entsprechender Unterstützung die Sockelarbeitslosigkeit zu reduzieren und benachteiligte Arbeitslose wieder in Beschäftigung bringen zu können.

Ein gesellschaftliches Problem, kein selbst verschuldetes

Was arbeitslosen Menschen ebenso zu schaffen macht, wie die erfolglose Jobsuche, sind die geringe Wertschätzung und das Mobbing, mit dem sie sehr oft konfrontiert sind. Viele Bewerbungen bleiben einfach unbeantwortet, oft werden die BewerberInnen nicht einmal zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Dazu fallen immer wieder Bemerkungen von der „sozialen Hängematte“, von der „Unwilligkeit zu arbeiten“, „Durchschummlern“ und regelmäßig tauchen Forderungen nach Leistungskürzungen für Arbeitslose auf. Dahinter steckt die Absicht, Arbeitslosigkeit als individuelles, selbst verschuldetes Problem abzutun, anstatt einzugestehen, dass es sich um ein gesellschaftliches Massenphänomen im kapitalistischen Wirtschaftssystem handelt. Ein Phänomen, das man sicher nicht vollständig verhindern wir können. Als Gesellschaft allerdings sind wir verpflichtet, den Betroffenen zumindest eine ausreichende Existenzsicherung zu garantieren. Mit dem derzeitigen Arbeitslosengeld ist das kaum möglich - oftmals führt Arbeitslosigkeit direkt in die Armut. Daher tritt der ÖGB dafür ein, die Nettoersatzrate anzuheben und die Notstandshilfe beizubehalten, um die Arbeitslosen nicht in die Mindestsicherung abzudrängen.

Unternehmen müssen umdenken

Auch die Unternehmen müssen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. An sie ergeht der Appell, arbeitslose Menschen nicht zu diskriminieren und ihnen eine Chance zu geben, wieder zurück in das Arbeitsleben zu finden. In der Realität hat sich die Personalpolitik vieler Betriebe aber noch nicht gravierend geändert – immer noch herrschen Vorurteile etwa gegenüber Frauen, älteren Arbeitssuchenden oder Ausländern. Aus diesem Grund sind Förderungen, wie die von der Regierung eingestellte Aktion 20.000, genauso notwendig wie politischer und wirtschaftlicher Druck auf die Unternehmen. Als Beispiel für Letzteres sei das angedachte Bonus-Malus-System für ältere ArbeitnehmerInnen genannt, das leider nicht umgesetzt worden ist.

Betrieben auch mehr „zumuten“

Die Bundesregierung hat in ihren Plänen bereits dargelegt, die Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose verschärfen zu wollen. Das heißt, dass längere Wegstrecken zum Arbeitsplatz, geringeres Entgelt und ein gelockerter Berufsschutz angedacht werden. Vermissen lässt die Regierung allerdings eine Diskussion über Zumutbarkeitsbestimmungen für Betriebe. Wenn es den/die ideale/n BewerberIn nicht gibt, sollten die Betriebe eben auch Abstriche von ihren Wunschvorstellungen machen müssen.

ÖGB-Forderungen gegen die Arbeitslosigkeit

Der ÖGB tritt für eine breit angelegte Strategie im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ein. Seine Forderungen:

- Eine Fortführung bzw. den Ausbau der Aktion 20.000 sowie der Beschäftigungsprojekte (geförderte Beschäftigung am 2. Arbeitsmarkt) als kurzfristige Maßnahme, solange sich die Betriebe aus ihrer Verantwortung stehlen und den Menschen keine Chance geben
- Qualifizierungsangebote für Weiterbildungswillige, weil das Arbeitslosigkeitsrisiko mit steigender Qualifikation sinkt. Dazu die Schaffung eines „Qualifizierungsgeldes“ durch Verschmelzung und Verbesserung der bestehenden Instrumente wie Bildungskarenz und Fachkräftestipendium.
- Keine Kürzung der Personal- und Finanzressourcen beim AMS. Zwar sinkt der Bestand an Arbeitslosen, doch die Zahl der Personen, die jährlich arbeitslos werden, bleibt ziemlich konstant. Jene Arbeitslosen, die für den Arbeitsmarkt „weniger attraktiv“ sind, brauchen eine intensive Hilfestellung.
- Ein Bonus-Malus-Modell zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit älterer Menschen.
- Eine Anhebung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld und die Beibehaltung der Notstandshilfe.
- Keine Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen. Dadurch ändern sich weder die (mangelnde) Qualifikation noch der Gesundheitszustand der Arbeitslosen.

Mag. Maximilian Mittendorfer
Bischofsvikar für Caritas und soziale Anliegen in der Diözese Linz

"Arbeit ist das halbe Leben"

"Arbeit ist das halbe Leben", dieser Spruch gilt, genau betrachtet, schon länger nicht mehr. Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft das zentrale Instrument um integriert leben zu können, um nicht von sozialen Leistungen abhängig zu sein, um ein selbst gestaltetes Leben führen zu können. Also bestimmt die Arbeit mehr als das halbe Leben.
Gute Arbeit ist etwas zutiefst Menschliches, sinnvoll tätig zu sein, stärkt die Person und verleiht Würde. So hat Arbeit auch eine theologische Dimension, weil wir Menschen Gottes Schöpfung weiterbauen. Aus der Betriebsseelsorge, die wir an Standorten in ganz Oberösterreich haben, wissen wir, um die hohe Bedeutung und die hohe Identifikation der Erwerbstätigen mit ihrer Arbeit.

Leben ohne Arbeit

Und die andere Seite: Was ist dann erst ein Leben ohne Arbeit, ohne Erwerbsarbeit? Diese zentrale Bedeutung der Erwerbsarbeit, sowie hohe eigene und gesellschaftliche Erwartungen verursachen bei arbeitslosen Menschen einen enormen Druck. So dominiert Arbeitslosigkeit, mehr noch als Arbeit, das ganze Leben.
Länger arbeitslos zu sein, ist eine enorme Belastung. Es entsteht Stress, Zweifel an sich selber werden stärker, die Hoffnungslosigkeit nimmt zu. Zahlreiche Menschen in unserem Land leiden enorm an dieser, für sie ausweglosen Situation.
Gut, dass wieder mehr Menschen Arbeit haben, es ist zu hoffen, dass dieser Trend länger anhält, aber nach wie vor suchen hunderttausende Menschen in ganz Österreich einen passenden Arbeitsplatz, von dem sie auch leben können.

Aktivitäten der Diözese Linz

Diese Sorgen stehen im Mittelpunkt der kirchlichen Aktivitäten rund um den Tag der arbeitslosen Menschen, den heutigen 30. April und um den morgigen Tag der Arbeit. Alle Pfarren in der Diözese Linz sind eingeladen, in den Sonntagsgottesdiensten die Sorgen rund um Arbeit und Arbeitslosigkeit anzusprechen. Wir sehen Arbeitslosigkeit auch als seelsorgliche Aufgabe, Menschen in dieser schwierigen Situation zu begleiten.

Wir helfen, nach unseren Möglichkeiten, in vielfältiger Weise, in Einrichtungen der Kirche, der Caritas in ganz Oberösterreich. Die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung unterstützt soziale Einrichtungen dort, wo es Lücken bei öffentlichen Förderungen gibt. Aber auch in den eigenen Einrichtungen – JONA Personalservice, Arbeitsstiftung und Jugendprojekt JU-CAN – konnten im letzten Jahr 114 Menschen ganz konkret unterstützt werden; mit Beschäftigung, mit Aus- und Weiterbildung oder mit Berufsorientierung und Begleitung beim Einstieg in die Arbeitswelt.

Mehr Gerechtigkeit ist nötig

Unser aller Auftrag muss aber verstärkt sein, uns für gerechte Strukturen einzusetzen, statt "Strukturen der Sünde" weiterhin so zu tolerieren: Gerechtigkeit ist dringend nötig bei der Einnahmenseite der Finanzierung sozialer Dienste und Leistungen, also gerechtere Besteuerung von Vermögen und der Gewinne großer internationaler Konzerne. Ebenso nötig ist eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit, statt der unmenschlichen Arbeitszeitverkürzung durch Arbeitslosigkeit.

Sparen auf Kosten der Ärmsten ist menschenunwürdig, weil dadurch der Druck auf sie und ihr Leid noch vergrößert werden. Die Rechnung für intensivere Betreuung, die dann nötig wird, müssen wir alle zahlen.

Aleksandra P.

Jugendliche auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz

Aleks, 18 Jahre alt, ist in Polen geboren und vor 4 Jahren mit ihren Eltern nach Österreich gekommen. Sie hat nach der Pflichtschule eine Lehre als Systemgastronomiefachfrau begonnen, nach ein paar Tagen hatte sie einen Unfall, 10 Monate Krankenstand folgten.

Vor einem Jahr begann sie im Jugendprojekt JU-CAN, weil sie nach dem Ende des Krankenstandes keinen Ausbildungsplatz gefunden hatte. Sie hat sich mit ihren Interessen und Fähigkeiten beschäftigt und hat sich verschiedene Berufsbilder angeschaut. Hotel- und Gastgewerbeassistentin wäre ihr Wunschberuf, auch eine Tätigkeit als Gastronomie- oder Restaurantfachfrau kann sie sich gut vorstellen.

Im Kurs bei JU-CAN konnte sie in der Küche einige Arbeitserfahrungen sammeln, konkrete Tätigkeiten erlernen und üben, aber auch ihr organisatorisches Talent zeigen. Mehrmals war sie an Tagen, an den die Jugendlichen selbstständig kochten, als „Küchenchefin“ für das Gelingen der Speisen und die Aufgabenverteilung untereinander zuständig.

In den letzten Monaten hat sie zahlreiche Bewerbungen geschrieben und großteils persönlich bei Gastronomiebetrieben im Mühlviertel und in Linz abgegeben. Bisher bekam sie wenig Antworten, aber vor allem die Absagen „ziehen sie runter“.

Nun ist ihre Zeit im Jugendprojekt JU-CAN zu Ende, sie sucht weiter intensiv nach einer Lehrstelle in der Gastronomie und würde sich über eine baldige Zusage sehr freuen.

Der Tag der arbeitslosen Menschen am 30. April ist nach wie vor nötig, auch wenn die Arbeitslosigkeit um ein paar Prozent zurückgegangen ist.
Von Seiten der Bundespolitik sind einschneidende Kürzungen geplant, die als Sparen deklariert werden:
Die Aktion 20.000, hat langzeitarbeitslosen und älteren Menschen durch einen konkreten Arbeitsplatz viel an Selbstwert und Stabilität gebracht. Ökonomisch betrachtet, hat sich diese Unterstützungsform fast selbst finanziert, der Staat erspart sich Arbeitslosengeld, erhält Sozialabgaben und Lohnsteuer und kann mit höheren Konsumausgaben rechnen.

Eine Abschaffung der Notstandshilfe würde Menschen, die jahrelang eine Versicherung bezahlt haben, nur eine Mindestunterstützung, unabhängig von ihrem vorherigen Einkommen, ermöglichen. Angespartes, z. B. für die Pension müsste bis auf € 4.300,- aufgebraucht werden, eine Art „Vermögenssteuer“. Notstandshilfe beziehen Menschen, die längere Zeit arbeitslos sind. Hier zu kürzen hieße, die Ärmsten zu Kasse zu bitten.

Kürzen kann teuer werden
Kürzungen bei der Finanzierung von sozialökonomischen Betrieben oder Beschäftigungsprojekten verkennen die langfristig positiven Wirkungen bei den Menschen und die Vermittlungserfolge. Finanziell argumentiert, kommen die Kosten für derartige Einrichtungen rasch wieder herein, belegbar mit dem „Social Return On Investment - SROI“.

Kürzungen bei Angeboten zur Integration von Menschen, die aus Not ihr Land verlassen mussten, wird ihre Probleme weiter verstärken, weil sie unsere Sprache zu wenig erlernen können oder ihnen eine Ausbildung fehlt. Das wird unserer Gesellschaft auch enorme Kosten verursachen, weil diese Menschen schwerer eine Arbeit finden können.

Kurzsichtige Politik und strafende Maßnahmen dominieren die Ideen der Bundesregierung. Arbeitslosigkeit wird vom gesellschaftlichen zum individuellen Problem umgedeutet. Die Hauptursache – das Fehlen von hunderttausenden Arbeitsplätzen – wird nicht angesprochen. Stattdessen werden die Fehler bei den arbeitslosen Menschen gesucht. Somit werden Betroffene zu Schuldigen gemacht.
Schuldzuweisungen und der Verdacht, keine Arbeit zu finden, lieg an den Betroffenen selbst, verursachen bei den Menschen, da sie sich ja bemühen und keine Lösung erreichen,

Hilflosigkeit, Ohnmacht und Kränkung. Demütigung und Beschämung sind zwei starke Auswirkungen, die Betroffene auf der Armutskonferenz beklagten.

Viele von sozialen Einrichtungen betreute Menschen, suchen intensiv Arbeit, schreiben zahlreiche Bewerbungen. Sie erleben aber oft, dass in aufwendigen Bewerbungs- und Auswahlverfahren, nur die Besten eine Chance bekommen. Diese „Bestenauslese“ ist enorm anstrengend. Betriebe sind hier gefordert, ihre Arbeitsabläufe so zu gestalten, dass auch Menschen mit einem Handicap eine Chance auf einen Arbeitsplatz bekommen.

Einladung zum Aktionstag

Am Aktionstag, 30. April, 11.30 – 16.00 Uhr, unter dem Motto „RESPECT“, stellen verschiedene Einrichtungen ihre Aktivitäten vor. Neben verschiedenen Informationsständen gibt es Musik vom Dudelsack-Orchester „Hellmountain Pipeband und von Stephan Punderlitschek mit dem Cello. Günther Lainer wird jounglieren, das Riesenspiel „Villa Paletti – Alles Paletti“ der KAB, „Armensuppenausschank“ der Volkshilfe und der Info-Bus aus Brüssel zum Mindesteinkommen runden das Programm ab.
Den Aktionstag werden besuchen: Soziallandesrätin Brigit Gerstorfer, Wirtschaftslandesrat Michael Strugl (angefragt), AMS-Landesgeschäftsführer Gerhard Straßer und LAbg. Stefan Kaineder.

Veranstaltergemeinschaft:

- Österr. Gewerkschaftsbund - ÖGB OÖ und Themenforum Arbeitslosigkeit
- Verein Arbeitslos.selbstermächtigt
- Bischöfliche Arbeitslosenstiftung
- Caritas für Menschen in Not OÖ
- Verein für Sozial- und Gemeinwesenprojekte VSG
- Verein Arbeit und Leben - B7
- Katholische Jugend OÖ
- Alternative und grüne GewerkschafterInnen -AUGE OÖ
- Katholische ArbeiterInnenbewegung KAB-OÖ
- Plattform gemeinsam gegen Armut und Ausgrenzung
- ASB-Schuldnerberatung GmbH
- Armutskonferenz
- European Minimum Income Network – EMIN
- Volkshilfe OÖ
- Sozialplattform OÖ

Die Aktionen des Tages sind auf Facebook nachzuverfolgen.
www.facebook.com/tagderarbeitslosen